



Dr. Markus M. Grabka, Wissenschaftlicher Mitarbeiter der Längsschnittstudie Sozio-oekonomisches Panel (SOEP) am DIW Berlin

SIEBEN FRAGEN AN MARKUS M. GRABKA

»Die Einkommenssituation der älteren Bevölkerung ist insgesamt positiv«

1. Herr Dr. Grabka, Sie haben die Entwicklung der Altersarmut in Deutschland untersucht. Ab welcher Einkommensgrenze spricht man in Deutschland von Altersarmut? Von relativer Einkommensarmut bedroht ist nach der in diesem Forschungsbericht verwendeten Definition eine Person, die in einem Einpersonenhaushalt in Deutschland im Jahre 2008 weniger als 935 Euro Einkommen im Monat zur Verfügung hatte - unabhängig vom Alter.
2. Wie stellt sich die Einkommenssituation der älteren Bevölkerung in Deutschland insgesamt dar? Insgesamt ist die Einkommenssituation der derzeitigen älteren Bevölkerung noch relativ positiv. Das Risiko für Altersarmut ist in den letzten zehn Jahren vergleichsweise stabil gewesen. Die Mehrheit der Älteren - die in Paarhaushalten leben - hat sogar ein unterdurchschnittliches Armutsrisiko.
3. Welche Unterschiede gibt es zwischen den Bestands- und den Neurentnern? Hier ist ein wichtiger Unterschied zu beobachten: Die Höhe der Bestandsrenten, also von Personen, die sich schon längere Zeit im Ruhestand befinden, ist über die vergangenen zehn Jahre nahezu konstant geblieben und zwar in einer Größenordnung von rund 1 000 Euro bei männlichen Rentnern in Ost- und Westdeutschland. Demgegenüber zeigt sich aber der Trend, dass das Rentenniveau der männlichen Neurentner über die letzten zehn Jahre kontinuierlich absinkt. Im Jahr 2009 betrug in Ostdeutschland diese Differenz zwischen Bestands- und Neurentnern schon mehr als 200 Euro. Bei Frauen ist das Rentenniveau insgesamt deutlich niedriger, wenngleich es bei Neurentnerinnen auf Grund steigender Erwerbsbeteiligung zulegt.
4. Wenn die Einkommen der Neurentner sinken, sollte man doch erwarten, dass die Altersarmut erheblich zunimmt. Warum tut sie das nicht? Das war auch für uns ein überraschender Befund, dass die sinkenden Renten der Neurentner sich noch nicht in einer gestiegenen

Armutsgefährdung widerspiegeln. Wir führen das unter anderem darauf zurück, dass zunehmend mehr ältere Menschen in Paarhaushalten leben. Das heißt also, dass eine unzureichende Einkommenslage eines einzelnen Haushaltsmitglieds im Zweifelsfall durch das Einkommen eines anderen Haushaltsmitglieds kompensiert werden kann. Insgesamt ist demnach zu beobachten, dass allein lebende ältere Personen ein doppelt so hohes Armutsrisiko haben, wie ältere Personen in Paarhaushalten.

5. Ist das Armutsrisiko in Ost- und Westdeutschland gleich zu beurteilen? Es gibt ganz klare Unterschiede der Armutsgefährdung zwischen Ost- und Westdeutschland. Es ist weiterhin so, dass das allgemeine Armutsrisiko in Ostdeutschland klar über dem Niveau in Westdeutschland liegt. Interessant an der Entwicklung in Ostdeutschland ist aber, dass für die erwerbsfähige Bevölkerung das Armutsrisiko höher ist als für ostdeutsche Rentner, da diese vielfach noch von durchgehenden Erwerbskarrieren aus der Zeit der DDR profitieren.
6. Wie wird sich die Altersarmut in Deutschland in Zukunft entwickeln? Vor dem Hintergrund der sinkenden Zahlbeträge von Neurentnern in der gesetzlichen Rentenversicherung und der weiterhin hohen Bedeutung dieser Alterssicherungsform als zentraler Pfeiler der Alterssicherung, kann man davon ausgehen, dass Altersarmut aller Wahrscheinlichkeit nach insbesondere in Ostdeutschland an Bedeutung gewinnen wird. Daran wird in den nächsten Jahren wahrscheinlich auch private Vorsorge nichts ändern können.
7. Muss die Alterssicherung in Deutschland reformiert werden? Das DIW hat schon mehrfach auf die Gefahr wachsender Armutsgefährdung im Alter hingewiesen. In einer Studie konnte aufgezeigt werden, dass die Rentenzahlbeträge von künftigen Kohorten, die in das Rentenalter eintreten werden, vermehrt nur noch dem Niveau der Grundsicherung im Alter, also der Sozialhilfe, entsprechen werden. Will man diese Rentner besser absichern, sind Reformen notwendig.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
78. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Dr. Ferdinand Fichtner
PD Dr. Joachim R. Frick
Prof. Dr. Martin Gornig
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Georg Weizsäcker, Ph.D.

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Sabine Fiedler

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Frauke Braun
PD Dr. Elke Holst
WolfPeter Schill

Lektorat

Dr. Stefan Bach
Prof. Dr. Jürgen Schupp

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01805 - 19 88 88, 14 Cent/min.

Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.